



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/11799**
Datum: 29.05.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: Frau Sabine Wolff
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	12.09.2013	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	18.09.2013	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	19.06.2013 25.09.2013	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zeitnah zu prüfen, welche Mittel sie gegen die zu erwartende EU-Richtlinie zur Dienstleistungskonzession der zurzeit vergaberechtsfreien Wasserversorgung einlegen kann, um diese zu verhindern. Die Stadtverwaltung soll bis Juli 2013 berichten, welche Maßnahmen sie ergreifen will oder in welcher Form sie bereits aktiv geworden ist.

gez. Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

Begründung:

Mit der zur Diskussion stehenden Ausschreibungspflicht besteht die Gefahr, dass die vergaberechtsfreie Wasserversorgung, d.h. die Belieferung mit Trinkwasser der Bürger und Bürgerinnen in unserer Kommune, de facto privatisiert wird. Dies muss Grund genug für die Verantwortlichen in der Stadt Halle (Saale) sein, gegen eine solche EU-Richtlinie ihr Veto einzulegen. Der Städtetag hat sich einerseits in dieser Angelegenheit an die Bundeskanzlerin Angela Merkel gewandt und andererseits die Kommunen aufgefordert, ihre Handlungsmöglichkeiten zu nutzen.

Um den ehemaligen Vorsitzenden des Präsidiums des Deutschen Städtetags zu zitieren:

„Eine erzwungene Marktöffnung beim lebenswichtigen Gut Trinkwasser würde von der Bevölkerung nicht nur als Affront verstanden werden, sondern würde auch die Akzeptanzprobleme europäischer Institutionen steigern.“ (Vortrag Deutscher Städtetag 2013)



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

17. Juni 2013

Sitzung des Stadtrates am 19.06.2013

Betreff: Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung

Vorlagen-Nummer: V/2013/11799

TOP: 8.8

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Hauptausschuss.

Begründung:

Die Stadtverwaltung hat auf mündliche Anfrage von Herrn Dr. Meerheim (Stadtratssitzung am 30.01.2013, TOP 11.4) dargelegt, in welchem Stadium der Beratung die EU-Richtlinie ist und, dass sich Bundesrat und kommunale Spitzenverbände eindeutig ablehnend positioniert haben.

Eine Beratung über mögliche Handlungsschritte der Stadt Halle (Saale) nach der Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht und eine Information der Stadtwerke über ihre Aktivitäten soll im Hauptausschuss stattfinden.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister